

gelung des Neben- und Miteinanders der beiden deutschen Staaten sind auch gegen die westdeutsche Bevölkerung gerichtet.

Was ist denn aus dem Friedensgebot geworden, das in der DOKUMENTE westdeutschen Verfassung formuliert ist? Es heißt dort, daß alle Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Vorbereitung eines Angriffskrieges, unter Strafe zu stellen sind.

Aber die westdeutsche Großbourgeoisie und ihre Regierungen seit 1949 unternehmen ausschließlich Handlungen, die darauf abzielen, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören und zu untergraben.

Der Tatbestand der Friedensgefährdung ist eindeutig gegeben, wenn mit der revanchistischen Alleinvertretungsmaßnahme eine Politik der ständigen Kriegserklärung gegen die Deutsche Demokratische Republik betrieben wird, wenn die bestehenden Grenzen in Europa nicht anerkannt und territoriale Forderungen erhoben werden! Mit der jetzt offen proklamierten Expansionspolitik sind die rechtesten Kräfte der CDU/CSU im Bunde mit sozialdemokratischen Ministern von kurzzeitigen demagogischen Entspannungsbeteuerungen zu einer langfristigen Politik des kalten Krieges zurückgekehrt. All das ist totale Negation des Friedensgebotes der Bonner Verfassung. Es ist zugleich elementare Verletzung des geltenden Völkerrechts.

Betrachtet man die westdeutsche Wirklichkeit, die Allmacht der Monopole und die heute immer schwerer zu tarnende Machtlosigkeit des Volkes, so erweist sich vor allem der in der Verfassung formulierte Grundsatz, daß alle Macht vom Volke auszugehen habe, als hohle Phrase. Von Demokratie kann keine Rede sein, solange das imperialistische Herrschaftssystem existiert und die Rechte der Bürger darauf beschränkt sind, alle vier Jahre einen Stimmzettel anzukreuzen, und solange den Werktätigen elementarste Rechte auf Mitbestimmung in Wirtschaft und Staat verweigert werden.

Bonns große Koalition haut Reste der Demokratie ab

Während wir gerade dabei sind, die sozialistische Demokratie des werktätigen Volkes immer wirksamer auszugestalten, ist zur gleichen Zeit der Prozeß des Abbaus der Reste der bürgerlichen Demokratie in Westdeutschland in eine neue Phase eingetreten. Wurde schon unter